

## **Jour fixe vom 08.05.2023 – Das zweite Kriegsjahr darf beginnen – Die Ukraine wird verwüstet, der Westen kämpft um eine geeignete Fortsetzung (GS 1-23)**

### **Frage und Anmerkung zum Protokoll vom 17.04.2023**

— Zur Nachfrage zum Editorial heißt es auf der ersten Seite im ersten Absatz: „Da werden Argumente angeführt und immer der verkehrte Schluss daraus gezogen: Der Krieg wäre doch nicht nötig gewesen, wenn mit Russland geredet und auf seine Sicherheitsbedürfnisse eingegangen worden wäre.“ Letzterem ist doch eigentlich zuzustimmen. Dagegen wird (vgl. Protokoll ab dem 3. Absatz) gehalten, dass so eine Aussage vom Standpunkt der Schuldfrage getroffen wird und dass das eine andere Frage ist als die nach den Kriegsgründen. Ich habe diese Unterscheidung so aufgefasst, dass die Schuldfrage von einem Politikideal aus argumentiert; dass man daher mit der Frage: „wenn der Westen auf Russland Rücksicht genommen hätte ...“ irgendwie auf eine falsche Spur kommt.

— Diese Wenn-Frage verpasst was; man muss sich umgekehrt fragen: Warum hat der Westen das nicht gemacht, denn hinter diesem Unterlassen steht doch ein Zweck. Dem Westen vorzuwerfen, er hätte es doch anders machen können, geht an dessen Kriegsgrund vorbei.

Wir haben es doch mit einem Krieg zu tun, der gerade *stattfindet*. Der Westen führt diesen Krieg – genau wie Russland –, jeder aus seinen Gründen. Die Frage, ob die das auch wollen, geht an der Sache vorbei. Zu erklären ist, warum er stattfindet, aus welchen Gründen, aber nicht, ob er vielleicht unnötig war.

— Insofern geht die Frage: „Warum haben sie sich nicht zurückgehalten?“ an der Sache vorbei. Ich frage mich aber trotzdem, ob der Verweis auf die Kriegsgründe nicht etwas von einem Determinismus hat: als ob es unbedingt zum Krieg kommen müsste. Ist es denn so gemeint, dass der Krieg für alle Kriegsparteien unabdingbar ist?

— Wenn man sich die Gründe der drei Parteien für den Krieg anschaut, resultiert daraus, dass – wenn sie denn ihre jeweiligen Zwecke stringent verfolgen – das zu einem Krieg führen muss.

Wichtig ist dabei, Notwendigkeit nicht mit Zwangsläufigkeit in eins zu setzen. Wenn man nach dem Grund für den Krieg fragt, will man wissen, worum es da geht; wie der Imperialismus aussieht, der zu so einem Krieg führt; wie die Reaktion der anderen Seite darauf aussieht; was deren Ansprüche und Gründe sind; *warum* sie also diesen Krieg führen. Das ist etwas anderes als das: die müssen diesen Krieg jetzt führen. Wenn man den Grund, warum etwas geschieht, herausfindet, ist nicht gesagt, dass daraus unbedingt dieser Krieg folgt, es gar nicht anders sein kann. Der Grund kann sich auch als der Widerspruch, der zwischen diesen Staaten existiert, anders geltend machen oder ganz anders ausgetragen werden als in der Form eines Krieges. Die handelnden Akteure haben ja zum Beispiel vor dem Krieg immer eine andere Tour gefunden, mit dem Gegensatz umzugehen. Notwendigkeit heißt: Das hat seinen Grund und dieser Grund ist die Erklärung des Gegensatzes, den sie jetzt austragen. Das hat nichts damit zu tun, dass dieser Gegensatz heute oder morgen zu einem Krieg führen muss. Das ist der Unterschied.

\*

Beim letzten Mal gab es einige Überlegungen und Formulierungen zum Widerspruch am Stellvertreterkrieg, die nicht deutlich genug geklärt wurden. Im Protokoll (Seite 3, Zeile 118 bei 10 pt, 135 bei 12 pt) heißt es: „Das, was eigentlich für den Sieg über Russland nötig wäre, so etwas wie die Neugründung einer ukrainischen Armee auf NATO-Niveau mit einer umfassenden Ausstattung, ist nicht in Reichweite.“ Hier wird so argumentiert: Das, was der Westen in der Ukraine betreibt, macht er, weil er das, was er eigentlich will, nicht kann. An einer anderen Stelle wird das, wie der Westen sich zum Krieg stellt, eben „*nicht als Kriegsteilnehmer, sondern Unterstützer des Freiheitskampfes der Ukrainer.*“ (Zeile 188, 207) so kommentiert: „Da stehen Zweck und Mittel in einem Widerspruch: was sie wollen, widerspricht dem, wie sie das bewerkstelligen wollen.“ Es wird als ein Fehler ausgedrückt, den

die USA da machen, denn eigentlich müssten sie gemäß ihrem Zweck andere Mittel in Anschlag bringen. Weiter unten kommt das in einer ähnlichen Formulierung noch expliziter: „Um den (Zweck) zu erreichen, erfordert die aktuelle Lage eigentlich, dass der Westen weitere Übergänge in dem Krieg macht...“ (Zeile 188, 215). Das ist missverständlich und wörtlich genommen falsch. Daher sollte das so nicht stehenbleiben.

Es ging um den derzeit stattfindenden Kriegsverlauf, den bestimmten Eskalationsschritt, den der Westen mit dem Aufstellen von Panzerbrigaden etc. westlicher Bauart vollzieht und vollzogen hat. Dabei kommt der Widerspruch zum Tragen, den der Westen *sich leistet*, wenn er in der Ukraine einen Krieg führt, der *seinen* Zwecken und Interessen dient, den er aber per Ausstattung der Ukraine führt, also führen *lässt* und bei jedem dieser Eskalationsschritte immer Wert darauf legt, selber nicht Kriegspartei zu sein. Damit Russland sich darauf einlässt, den Westen nicht als Krieg führende Partei zu behandeln, ist das Ganze von der entsprechenden Abschreckung begleitet. So ist der Widerspruch des Stellvertreterkriegs zu fassen. Die kriegführende westliche Partei kalkuliert einerseits mit den Notwendigkeiten, die sich aus dem Kriegsverlauf ergeben, also mit dem Bedarf ihres Stellvertreters und andererseits mit dem Sachverhalt, dass da ein Krieg gegen die *Atommacht* Russland geführt wird. Entsprechend begleitet der Westen seine immer weitergehende Beteiligung als de facto Kriegspartei mit einem Abschreckungsregime. Auf die Art und Weise kalkuliert der Westen seine Kriegsführung, eskaliert immer weiter und schreitet dabei in dieser doppelten Bestimmung – ein Stellvertreterkrieg gegen die Atommacht Russland – voran. Das alles entnimmt man diesem Kriegsverlauf und wie der Westen ihn betreibt. Und daraus folgt nicht, der Westen würde unzweckmäßig handeln, weil er eigentlich ganz anders in den Krieg eintreten müsste.

Widerspruch heißt auch nicht, das ginge nicht oder das müsse notwendigerweise soweit eskalieren, dass tatsächlich ein Atomkrieg geführt wird. Daraus ist keine Prognose abzuleiten. Der Artikel bemüht sich auch gar nicht darum, sondern analysiert, was der Westen da verfolgt und welche „Tücken“ das hat, weil verschiedene Subjekte mit verschiedenen Zwecken tätig sind. Die Ukraine hat andere Zwecke als der Westen, die fallen manchmal zusammen oder treten auseinander, das alles macht sich im Verlauf bemerkbar. Auch das führt zu Eskalationen, und manchmal merkt auch der Westen, dass seine bisherige Strategie, dieses „Auseinanderhalten“ nicht mehr funktioniert, und er probiert etwas anderes. Aber aus dem Widerspruch kann man nicht hochrechnen oder ableiten, wie der Verlauf weitergeht. Im Folgenden ist das ja auch im Protokoll richtig ausgeführt.

Es ist letztes Mal auch die Frage aufgeworfen worden, ob das dann überhaupt ein Widerspruch ist, wenn letztendlich doch der Westen seinem Zweck entsprechend vorgeht. Darauf sollte das Gesagte auch eine Antwort sein. Der Widerspruch ist eben keiner zwischen Zweck und Mittel, sondern einer zwischen den *zwei wesentlichen Bestimmungen* dieses Stellvertreterkrieges, mit denen der Westen kalkulierend umgeht. So werden die Eskalationsschritte – immer von den entsprechenden Abschreckungsdrohungen an die andere Seite begleitet – einer nach dem anderen beschlossen.

— *Es gilt ja immer noch die Leitlinie des Westens und der USA, dass sie Russland konventionell auf diesem Weg erledigen wollen. Um dieses Werk zu verfolgen, verweisen sie auf ihr atomares Waffenpotential. Dahingehend haben die USA Ende letzten Jahres explizit ihre Politik des „no first use“ beendet. Daraus ist nicht zu erschließen, dass die USA jetzt eine atomare Auseinandersetzung wollen. Sie benutzen dieses Waffenpotential zur Abschreckung, um den Ukraine-Krieg zu führen. Auf der anderen Seite ist das aber auch nicht als leere Drohung misszuverstehen, die nie wahr wird. Beides gehört zusammen.*

## 100 **Das zweite Kriegsjahr darf beginnen – Die Ukraine wird verwüstet, der Westen kämpft um eine geeignete Fortsetzung (GS 1-23) – weiter ab S. 19, u.**

Von amerikanischer Seite wird klargestellt, die Bewährungsprobe, vor der sie sich sieht, geht alle Staaten an: Was diese im einzelnen den USA schuldig sind, darüber sollen keine Zweifel aufkommen. Das betrifft an erster Stelle China.

— Wenn die USA vom Rest der Staatenwelt die Akzeptanz für den Stellvertreterkrieg, den sie in der Ukraine führen, verlangen, ist das eine Forderung nach Gefolgschaft. Auf China kommen sie deswegen als erstes, weil China für sich mit seinem ökonomischen wie auch militärischen Potenzial durchaus im Gegensatz zu den USA steht. An dem aktuellen Krieg merken die USA, dass China da eine eigenständige Haltung praktiziert: Es legt weiterhin Wert auf wirtschaftliche Beziehungen zu Russland und militärische Zusammenarbeit. Das wollen die USA China nicht gestatten.

Die angesprochene militärische und ökonomische Bedeutung Chinas heißt im Bezug auf den jetzigen Krieg: Russlands Fähigkeit, sich im Ukrainekrieg und dem Wirtschaftskrieg zu behaupten, hängt in hohem Maß von China ab. Gerade aus dem Grund beanspruchen die USA von China, diese Abhängigkeit im Interesse des Westens zum Einsatz zu bringen.

Einen ersten Beitrag in dieser Richtung hat China mit der Warnung an Russland vor einem Einsatz seiner Atomstreitkräfte schon sehr früh erbracht. Für die USA ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Aber China handelt ja aus seinem *eigenen* Interesse: dass es keinen Atomkrieg haben will, ist gerade nicht seine Unterordnung unter das amerikanische Interesse. China verfolgt einen eigenen Weg, den es auch in seinem Friedensplan deutlich macht, in dem es zu *Multipolarität* usw. aufruft und die USA kritisiert.

— China unterstützt auf allen möglichen diplomatischen Ebenen in der Welt bis hin zum UN-Sicherheitsrat nicht den Kriegskurs der USA, sondern enthält sich entweder oder stimmt dagegen. Diese Stellung gilt auch – vielleicht nicht mit dieser Wucht – für die restlichen BRICS-Staaten, die die Kriegspolitik der USA nicht mittragen oder eine neutrale Haltung einnehmen.

Und eben dadurch, dass diese Staaten die ökonomischen Beziehungen zu Russland nicht abbrechen, ist der Erfolg des Wirtschaftskrieges nicht ohne Weiteres gewährleistet. Das stört die USA, und darauf wollen sie die BRICS-Staaten verpflichten.

— Weil Amerika die Ökonomie als Waffe einsetzt, sind alle Staaten vom Wirtschaftskrieg betroffen (Inflation, Lieferprobleme ...). Sie merken, dass die Wirtschaftsordnung, auf die sie immer gesetzt haben, von den USA so nicht mehr gewollt wird. Das bringt die BRICS-Staaten auf, nicht gegen Russland, sondern dagegen, dass die USA diese Wirtschaftsordnung aus eigenen nationalen Interessen heraus angreifen.

Mit der von ihnen beanspruchten *Neutralität* erheben die BRICS-Staaten Einspruch gegen den Monopolanspruch Amerikas. China geht sogar soweit, sich mit seinem Friedensplan als Macht über die Kriegsparteien zu stellen, indem es sich als Subjekt einer Weltordnung betätigt, in die sich auch die westlichen Mächte einordnen lassen sollen. Das weisen die USA auf gleicher Ebene zurück: Wenn ein Friedensplan von China stammt, kann das kein Friedensplan sein, sondern nur eine Parteinahme für Russland.

#### IV. 1. Die europäischen Staaten als NATO-Mitglieder mit Deutschland als Führungsmacht

— Wenn die USA bei ihren Anforderungen an die Europäer die Bedeutung Deutschlands unterstreichen, hat das seinen Grund darin, dass es in Europa anerkanntermaßen die ökonomische (100 Mrd. € Sondervermögen) Führungsmacht ist und militärisch entscheidendes beisteuern kann (Leopard 2). Deutschlands Engagement soll nicht nur Gefolgschaft sein, sondern es soll sich diesen Krieg zum eigenen Zweck machen, was es mit der Zeitenwende ja auch eingeleitet hat.

Die Aufforderung der USA zu mehr Einsatz und Führungsverantwortung der Deutschen hat zunächst den Gehalt, dass die Deutschen Gefolgschaft gegenüber den USA zu zeigen haben: *Wobei* hier Führung übernommen werden soll, legen nämlich die USA fest – je nachdem, was sie aktuell für praktisch fällig erachten: zum Beispiel, dass Europa mit Deutschland als Speerspitze für die Ukraine Panzerbrigaden aufstellt.

An diesem aktuellen Eskalationsschritt zeigen sich die inneren Verhältnisse in der NATO.

— Die Europäer werden von den USA aufgefordert, ihren Beitrag (Waffenlieferungen, Ausbildung usw.) zur Befähigung der Ukraine für diesen Krieg zu leisten. Das machen sie und verfolgen dabei aber ihren eigenen Zweck, nämlich selber als die Ordnungsmacht auf dem Kontinent auftreten zu können.

Die Europäer sind daran interessiert, diesen Stellvertreterkrieg zu führen, um Russlands Einfluss endgültig zu beseitigen und ganz Europa allein auf sich zu beziehen.

— Weil Europa aber in diesem Krieg zwischen zwei atomaren Weltmächten kräftig mitmisch, ist es auf die USA als atomaren Schutz angewiesen und akzeptiert daher die Kommandomacht der USA.

Das ist die eine Hälfte des Grundes. Die andere ist, dass auch die konventionelle Führbarkeit des Krieges zum größten Teil auf amerikanischer Ausstattung und Aufklärung beruht, d.h. auf dem tatsächlichen Kommando der USA in der Ukraine. Weil die Europäer mit dem Ukraine-Krieg ihr Ordnungsinteresse durchkämpfen wollen, müssen sie sich daher zwangsläufig dem amerikanischen Kommando unterordnen. Das verbürgt derzeit die Haltbarkeit des Bündnisses und die Einigkeit zwischen den europäischen NATO-Mitgliedern in diesem Punkt. Insofern setzt der Krieg die Bündnisdisziplin neu in Kraft: Jetzt, wo der gemeinsame Krieg läuft, leistet sich keine der NATO-Mächte eine Abweichung. Auf Basis dieser Bündnisdisziplin gibt es natürlich weiterhin alte und neue konkurrierende nationale Berechnungen.

— Die europäischen Staaten konkurrieren untereinander unterschiedlich mit ihren Beiträgen um ihre Bedeutung als Kriegsunterstützer und damit um Anerkennung und Unterstützung durch die USA. Zudem verursachen die Beiträge zum Krieg und der Wirtschaftskrieg auch für sie selbst Kosten und Schäden, die konkurrierend möglichst auf andere abgewälzt werden sollen.

Was ist dazu zu sagen, dass andere europäische Staaten von Deutschland Führung verlangen?

— Dem Kanzler wurde anfangs „Zögerlichkeit“ und „Führungsschwäche“ vorgeworfen, was an der Sache vorbei geht: Mit der Zeitenwende hat er gerade einen neuen Zweck durchgesetzt. Wenn Polen und andere osteuropäische Staaten dem deutschen Kanzler Führungsschwäche vorwerfen, dann von dem Standpunkt aus, dass sie Panzer etc. an die Ukraine weitergeben wollen, also selber eine besondere Rolle als Speerspitze gegen Russland spielen wollen. Dabei wissen sie, dass sie auf Deutschlands Waffenlieferungen und ökonomische Potenzen angewiesen sind.

Das ist der Versuch einer Instrumentalisierung Deutschlands für polnische Anliegen. Deutschland hat eben die entsprechenden Potenzen, die nötig sind, um die Ziele Polens zu realisieren: Dabei will Polen seine spezifische antirussische Staatsräson zur Räson des Bündnisses erheben. Das kann man sich am aktuellen Schritt in Sachen Kampfpanzer noch genauer klar machen.

— Der Leopard 2 gilt als der schlagkräftigste Kampfpanzer, mit dem die Ukraine dazu befähigt werden soll, Russland eine Niederlage beizubringen. Deutschland stellt diese Panzer nicht nur her, sondern kann die Bestände in wenigen Monaten einsatzbereit machen. Weil Deutschland über die entsprechende industrielle Potenz verfügt, hat es den Auftrag von den USA bekommen, die Lieferung frei zu geben.

Zum einen ist Deutschland als die Wirtschaftsmacht relevant, die jetzt massiv ihre Finanzmittel einsetzen kann und will. Zum anderen verfügt es als Herstellerland und Ausstatter der meisten europäischen Staaten mit diesen Panzern über passende Kriegsmittel (Produktion, Ausbildung, Nachschub, Wartung etc.); ganz abgesehen vom rechtlichen Status, der jede Weitergabe dieses Kriegsgeräts unter den deutschen Genehmigungsvorbehalt stellt. Deutschland ist also von den materiellen Ressourcen her für den aktuell anstehenden Eskalationsschritt die ‚geborene‘ Führungsmacht. Nichtsdestotrotz ist es nicht die Wahrheit, dass Deutschland jetzt dem Ruf der Polen und Balten nach Führung nachkommt.

205 — *Die bestimmende Macht ist Washington, die den Eskalationsbeschluss in Gang setzt.*  
— *Hier ist aber auch angesprochen, dass Deutschland nicht nur den USA Folge leistet, sondern auch ein eigenes Interesse in Anschlag bringt.*

Das widerspricht sich nicht. Erst mal hat Deutschland da einen amerikanischen Beschluss  
210 exekutiert, der für Deutschland einerseits zwar nicht ohne Haken ist. Andererseits soll dar-  
aus aber auch tatsächlich ein Fortschritt in seiner Etablierung als auch militärisch führende  
Macht in Europa werden. Ein Problem ergibt sich daraus, dass die in Deutschland produzier-  
ten Panzer ja erst einmal für die Ausstattung der europäischen Armeen hergestellt worden  
sind. Wenn damit nun die Ukraine ausgestattet werden soll, gerät dies in Konflikt mit den  
Erfordernissen der Bündnisverteidigung.

215 — *Für Deutschland hat der Antrag der Amis auf deutsche Führerschaft in Bezug auf die  
anstehende Eskalation im Ukrainekrieg noch zwei Haken: 1. muss Deutschland seine Waf-  
fenproduktion enorm hochfahren, im Artikel ist die Rede vom „Übergängen zur Kriegswirt-  
schaft“, was eine enorme Belastung seiner Wirtschaft darstellt. 2. setzt Deutschland sich da-  
mit einer besonderen Bedrohung durch Russland aus.*

220 Scholz hat daher seine Bereitschaft, Panzer an die Ukraine zu liefern, mit einem Junktim ge-  
genüber den USA verknüpft, nämlich dass dieser deutsche Eskalationsschritt nur mit der Rück-  
endeckung der Amis vonstatten geht. Diesem Begehren sind die USA schließlich nachge-  
kommen und haben mit diesem Schulterchluss zugleich die wesentliche Rolle Deutschlands  
in diesem Stellvertreterkrieg als Führungsmacht in Europa bestätigt, die für die Exekution  
225 des NATO-Beschlusses zuständig ist und dafür den Rest Europas in Anspruch nimmt.

— *Es gab ja Berichte darüber, dass v.a. die osteuropäischen Partner, die die Deutschen  
immerzu zu weiteren Waffenlieferungen gedrängt haben, die zugesagten Waffen aber dann  
doch nicht ablieferten. Es war von Lieferschwierigkeiten die Rede. Lagen dafür nicht auch  
politische Gründe vor?*

230 Der Vorwurf v. a. von polnischer und baltischer Seite gegenüber Scholz als ewiger Zögerer  
und Zauderer war seinem *Gehalt* nach ebenso wie der Ruf nach Führung (wie oben schon  
besprochen) der Versuch, die waffenmäßigen und ökonomischen Potenzen Deutschlands, die  
es für diesen kriegerischen Eskalationsschritt unbedingt *braucht*, für sich zu instrumentali-  
sieren. Die Führerschaft, die Deutschland nun mittels des speziellen Schulterchlusses mit  
235 den USA in diesem Krieg übernimmt, heißt aber umgekehrt für diese Staaten, dass sie sich  
dem Kommando der europäischen Führungsmacht *unterzuordnen* haben.

— *In der Presse kam das merkwürdig rüber: Erst drängen sie die Deutschen und wenn  
diese dann die Führerschaft annehmen, halten sie sich selber mit ihren Waffen zurück.*

Für jede Nation, die ihre Waffen in die Ukraine schickt, gilt, dass damit eine Schwächung  
240 ihrer eigenen Verteidigungsfähigkeit einhergeht, ein Problem, das es einzugrenzen gilt. Dar-  
aus ergibt sich eine Konkurrenz der beteiligten Staaten darum, wer im Bündnis die meisten  
Lasten zu tragen hat. In dieser Lage besteht die Führerschaft Deutschlands darin, die Staaten  
auf ihre jeweiligen Beiträge zu dieser Kriegsfront zu verpflichten.

— *Insofern lauter nationale Kostenkalkulationen auf Basis ihrer Gemeinsamkeiten in die-  
245 sem Krieg.*

— *Die Aufstellung einer Panzerarmee in der Ukraine, der beständige Ersatz verschossen-  
nen Waffenmaterials etc. erfordert und strapaziert Ressourcen und Fähigkeiten, die die Po-  
tenzen eines einzelnen Staates überfordern – bis hin eben dazu, dass die eigene Verteidi-  
gungsfähigkeit angegriffen wird. Das ist eine notwendige Konsequenz davon, dass der ukrai-  
250 nische Stellvertreter von Europa ausgestattet wird. Das ist der Widerspruch, den die Amis  
ihren europäischen Verbündeten abverlangen.*

#### **IV. 2. Die europäischen Staaten als EU-Mitglieder**

Russlands Krieg in der Ukraine *konterkariert* den bisherigen Erfolgsweg der EU, sich durch  
beständige Ausdehnung ihres Binnenmarktes nach Osten als weltpolitisches Subjekt zu eta-  
255 blieren, das die bestimmende Macht in Europa ist.

— Deshalb haben auch alle EU-Staaten einen eigenständigen Grund, die Entmachtung Russlands voranzutreiben.

— Der Wirtschaftskrieg gegen Russland ist eine prominente Art und Weise, wie die EU dabei vorgeht: Sie benutzt die hergestellten ökonomischen Abhängigkeiten, um Russlands Basis nachhaltig zu schädigen. Der Einsatz dieser zivil-ökonomischen Waffe beinhaltet allerdings  
260 zugleich, dass sie sich selber ökonomisch schädigen: Siehe Energiepreisexplosion und Inflation.

Gerade die besonderen wirtschaftlichen Verflechtungen der EU mit Russland, das damit seinen russischen Kapitalismus voranbringen wollte, prädestinieren jetzt die EU dazu, sich als  
265 herausragendes Kriegssubjekt in dieser Auseinandersetzung zu betätigen. Mit keiner anderen Region auf der Welt hat Russland derartig intensive Verbindungen. Dies betrifft in erster Linie Öl- und Gasgeschäfte. Zugleich ist Russland zu einem Anlageplatz für europäischen Kapitalexpert wie auch für das europäische Finanzkapital geworden. Das verleiht der EU die Potenz zu wirkungsvoller Schädigung der Basis russischer Macht. Zugleich benutzt sie diese  
270 Waffe für ein Vorankommen nicht nur in Hinblick auf ihre innereuropäischen Ordnungsansprüche, sondern auch weltweit.

— Das beinhaltet einen Fortschritt im Verhältnis dazu, wie die Europäer in ihrer untergeordneten Rolle als NATO-Mitglieder vorkommen. Die Abhängigkeit von den Amerikanern bleibt bestehen, aber zugleich machen sie eigenständige europäische Ordnungsinteressen  
275 geltend.

— Deutschland hat sich damit eine entscheidende Position in Europa bzw. für Europa erarbeitet. Damit hat aber Deutschland bzw. Europa doch noch keinen ersten Schritt Richtung eigener Akzentsetzung in diesem Krieg oder Richtung Abgrenzung von der reinen Dienstbarkeit gegenüber Amerika geschafft. Die USA wollen genau diese Rolle von Deutschland. Sie  
280 halten die Abhängigkeit der Europäer von Amerika – deren Angewiesenheit auf den Atomschirm – für so gravierend, dass sie das amerikanische Interesse bestens bedient sehen, wenn Europa aus eigener Potenz heraus konventionell den Russen überlegen ist.

Das gehört zusammen: Jeder europäische Fortschritt in weltpolitischer Eigenständigkeit hat doch immer einen (anti-)amerikanischen Aspekt. Europa betätigt sich im Wirtschaftskrieg  
285 als wichtiges Subjekt gegen die Machtansprüche Russlands. Das ist ein von Amerika begrüßter Beitrag, aber gleichzeitig ein Fortschritt im Aufwuchs Europas zu einem weltpolitischen Subjekt.

— So stellt auch die stattgefundene ‚friedliche‘ Osterweiterung einen Machtzuwachs für Europa dar – eben in Konkurrenz zu den USA, China, Russland usw. (S.27 u).

Wenn es auf der nächsten Seite heißt: „Mit ihrem überlegenen Kapitalismus betätigen sie sich als machtvolleres Subjekt in Sachen Niederringen Russlands“ (S. 28 u.), wird der kriegerische Charakter ihrer Beteiligung am Wirtschaftskrieg für ihren eigenen Zweck, Russland  
niederzuringen, hervorgehoben. Das ist eine Rolle, zu der die Europäer auf militärischem Gebiet nicht fähig sind, also ein Fortschritt in Sachen weltpolitisches Subjekt. Insofern sie  
295 militärisch davon noch weit entfernt sind, ist das gegenüber Amerika ein kleiner Fortschritt, den sie aber mit ihren eigenen Sanktionsbeschlüssen gegen Russland wirkungsvoll ausreichen.

— Ihre Sanktionsbeschlüsse diktieren ihnen nicht die Amis, die Europäer haben ihr eigenes Kalkül mit diesem Krieg. Aber kann man deswegen behaupten, damit werden sie ein eigenständiges weltpolitisches Subjekt? Dass sie das wollen, ist unstrittig. Aber was sie in dem  
300 Konflikt darstellen, lebt von der Deckung durch Amerika, und die haben sie ausdrücklich nur wegen ihres Nutzens für Amerika.

Die Frage, ob die Europäer damit auch Erfolg haben, ist eine andere. Erstmal kann man ihre Zwecke, ihren Anspruch und den Grund, warum sie das machen, festhalten. Sie ordnen sich  
305 nicht einfach Amerika unter, sondern behaupten sich als ein wichtiger Faktor innerhalb dieses Krieges und darauf kommt es ihnen an. Die selbständigen Aktionen Europas, die die

USA gar nicht in gleicher Weise betreiben könnten, kommen hauptsächlich aus dem europäischen Interesse, die eigene Position auszubauen und sich gegenüber anderen Ländern zu stärken. Es ist nicht ganz richtig zu sagen, ein autonomes Subjekt muss eines sein, das sich  
310 in allem von Amerika absetzt oder neben Amerika behauptet. Für die USA ist Europa mit seinen Aktionen wichtig, darum wird es unterstützt und eben auch als eigenes Subjekt ernst genommen.

— *Europa treibt als weltpolitisches Subjekt mit seinen zivil-ökonomischen Machtmitteln aktiv die europäischen Ordnungsansprüche voran (S. 28 u). Nicht als militärische Macht, da  
315 muss es sich unterordnen, ist abhängig von Amerika. Über seine ökonomische Macht kann es aber autonom verfügen und ist da natürlich ein Konkurrenzsubjekt zu den Amis. Mit ihrer ökonomischen Macht sind sie also Subjekt.*

— *Das ganze EU-Projekt gibt es überhaupt nur als Gegensatz zu den USA. Der europäische Kontinent unter Führung Deutschlands engagiert sich doch derart in dem Krieg gegen  
320 Russland, weil er mit seiner Wirtschaftskraft als eigenständige Macht gegen Amerikas Welt-herrschaft anstinken will.*

— *Es mag ja sein, dass Europa aus dem Grund gegründet worden ist, weil es sich zu einem weltpolitischen Subjekt aufstellen will. Aber dass es bei diesem Krieg erkennen muss, doch wieder auf den Atomschirm Amerikas angewiesen zu sein, ist doch etwas Neues gegen-  
325 über dem bisherigen, wo so getan wurde, als gäbe es diese Abhängigkeit nicht mehr. Wenn die NATO jetzt wiederbelebt ist, dann auch Europa in seiner Dienstrolche, in seiner abhängigen Rolle zu Amerika. Wenn die EU mit ihrer ökonomischen Macht europäische Ordnungsansprüche vorantreibt, betätigt sie sich immer noch in der von Amerika dominierten Welt als eigenständiges Subjekt.*

330 Dass die EU einen entscheidenden Beitrag zum gemeinsamen Projekt liefert, die Russen niederzuringen, macht sie zu einem *Mitorganisator* dieses Krieges mit dem Anspruch auf Mitbestimmung. Europa ist damit befasst, sich autonom als eine Weltmacht aufzubauen, die gegenüber den Amis gar nicht als Konkurrent in der Hinsicht auftritt, dass es einen von deren Weltordnung abweichenden Kurs verfolgen würde, sondern es will *innerhalb* dieser Weltordnung aufsteigen und *neben* Amerika als Weltmacht EU eine Rolle spielen. Europa will mit seinen Bemühungen, sich autonom zu stärken, *innerhalb* der amerikanischen Weltordnung die Konkurrenz aufnehmen und als solche Weltmacht von den USA auch anerkannt werden. Das ist natürlich ein Konkurrenzprojekt zu den Amis, zunächst aber im Rahmen der amerikanischen Weltordnung, die die Europäer ja sogar gegenüber anderen Staaten verteidigen.  
340

— *Der Angriff der Russen auf die Ukraine stellt das exklusive europäische Osterweiterungsprogramm infrage, mit dem sich die EU als Weltmacht aufbauen und behaupten will. Das ist ein eigenständiger Grund der europäischen Staaten, diesen Krieg gerade auch mit ihren ökonomischen Mitteln als Wirtschaftskrieg zu forcieren. Dass sie in strategisch-militärischer Abhängigkeit zu den USA stehen, ist für das Europaprojekt ein Extra-Stachel: es gilt jetzt – mittels des Wirtschaftskriegs und der finanziellen Unterstützung der Ukraine im Krieg – sicherzustellen, dass die Ukraine unwiderruflich in den Besitzstand des europäischen Staatenblocks überführt wird. Da agieren sie als weltpolitisches Subjekt. Dieser anspruchsvolle Zweck Europas, ein Stück mehr Osteuropa zum EU-Besitzstand zu machen, ist ein Konkurrenzprojekt gegen die Amis auf der Ebene der Konkurrenz strategischer Rivalen. Ob und wie ihnen das gelingt mitten im Krieg, ist eine andere Frage.  
345*

Um diesen Übergang im Einsatz der zivil-ökonomischen Machtmittel Europas geht es hier. Die werden nicht mehr nur für die Ausdehnung des Einflusses und für die Vergrößerung Europas nach Osten verwendet. Weil das durch Russland konterkariert wurde, werden sie jetzt  
355 mit dem Wirtschaftskrieg eingesetzt für einen ganz außerökonomischen Zweck, für die Entmachtung Russlands. Auch dafür taugen sie.

— *Europa kann andererseits durch den positiven Einsatz seiner Wirtschaftsmacht mitten im Krieg seine Zwecke vorantreiben: z.B. mit einem Friedensfonds, aus dem kriegführende*

360 *Mitgliedstaaten, die an ihre Grenzen kommen, mit Milliardenbeträgen unterstützt werden sollen; oder die Überlegungen für ein Wiederaufbauprogramm für die Ukraine. Ein solches Programm bezweckt, dass die EU in dem Land einen Fuß drin hat und es sich zuordnen kann. Bemerkenswert ist auch das offensive Programm der EU zur Arrondierung der restlichen osteuropäischen Staaten. Mitten im Krieg, der aus russischer Sicht deswegen geführt wird, weil die NATO immer mehr an die Grenzen heranrückt, ist die EU bestrebt, neben der*  
365 *Ukraine weitere Länder wie Moldawien, Georgien ... der EU zuzuordnen. Den letzten Balkan-Staaten, die noch in irgendeiner Weise freundliche Beziehungen zu Russland haben, wird bedeutet, dass das so nicht geht.*

— *Dass die EU ‚versucht, in die Ukraine einen Fuß reinzukriegen‘, ist untertrieben. Habeck oder von der Leyen legen einen Fonds über 3,6 Mrd. Euro auf und finanzieren damit*  
370 *den ganzen Haushalt eines sich im Krieg befindenden Staates, also überhaupt die Aufrechterhaltung eines sich im Gründungskrieg befindenden Staates, den es ohne das Sponsoring der EU und von Amerika gar nicht mehr gäbe. Außerdem wird ganz klar von der EU, von Deutschland und von anderen europäischen Staaten ausgesprochen, dass diese Nation nach erfolgreich beendetem Krieg Teil der EU wird. Sie hat sich also den Rechtsstaatsprinzipien*  
375 *der EU anzubequemen, nach Innen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, sich für den EU-Binnenmarkt herzurichten. Dafür wird der Ukraine Kredit in Aussicht gestellt. Das ist die Klarstellung, dass man sich von Russland die projektierte Annexion der Ukraine auf keinen Fall nehmen lässt.*

Dabei muss die EU schon lange keinen Fuß mehr in die Ukraine reinkriegen. Seit langem  
380 liegt deren Antrag vor, der EU beitreten zu wollen und mitten im Krieg ist die Ukraine jetzt sogar zum Beitrittskandidaten der EU erhoben worden. Sie *unwiderruflich* zu *europäischem* Besitzstand – in Konkurrenz zum ganzen Rest der Welt – zu machen, dafür wird auch ein gewisser finanzieller Aufwand getrieben.

\*

385 Beim nächsten Jour fixe **am 22. Mai 2023** wird die Besprechung des Artikels ab 2.b (S. 30) fortgesetzt. Im Anschluss daran soll der nächstfolgende Artikel über Großbritannien im Ukraine-Krieg (S. 33) besprochen werden (es ist keine detaillierte Besprechung vorgesehen).

Weiteres Thema soll sein: „Sachdienliche Auskünfte zur Modernisierung des amerikanischen Imperialismus“ (GS 1-23). Die Themen werden wie immer auf der Website des Gegenstandspunkt angekündigt.  
390

Außerdem steht noch eine Nachfrage zum Editorial bezüglich der „Produktivkraft demokratischer Opposition“ bzw. der Mitmachbereitschaft des Volkes auf dem Programm, konkrete Fragen dazu werden veröffentlicht und sollen gleichzeitig mit dem Artikel dazu (GS 1-23) besprochen werden.

395 Das zur Besprechung vorgeschlagene Thema ‚Sonderrolle Türkei‘ wird verschoben, bis entsprechend Material vorhanden.